

Gerecht geht anders – Wir zahlen nicht für eure Krise!

Bund, Länder und Gemeinden entwickeln drastische Kürzungs- und Streichprogramme zur Sanierung der öffentlichen Haushalte. In ihren Auswirkungen sind diese Programme unsozial und verstärken die Umverteilung von unten nach oben.

Die hohe Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte ist wesentlich die Folge einer tiefen Wirtschafts- und Finanzkrise, die durch abenteuerliche Finanzspekulationen ausgelöst wurde. Nachdem so genannte systemrelevante Banken mit mehreren hundert Milliarden Euro vom Staat gerettet wurden und die öffentlichen Haushalte durch die Folgen dieser Krise mehr und mehr in die Schieflage gerieten, sollen nun breite Teile der Bevölkerung über Einsparungen und Kostenerhöhungen die Zeche für diese Krise zahlen.

Auf der Agenda stehen:

- der Umbau des Gesundheitswesens mit Leistungsreduzierungen und wachsender Selbstbeteiligung der Versicherten.
- Der Verkauf öffentlicher Einrichtungen an private Investoren (wie z.B. für das Universitätsklinikum SH geplant)
- Kürzungen und Abbau im Bereich der sozialen und kulturellen Infrastruktur

Die Landesregierung von Schleswig Holstein strebt in dem Doppelhaushalt 2011/12 Kürzungen in Höhe von 250 Mio. Euro an. Das bedeutet einen starken Personalabbau bei Landesbediensteten. Weiterhin betreffen die geplanten Streichungen und Kürzungen Familienbildungsstätten, das beitragsfreie Kita-Jahr, Selbsthilfegruppen, Begegnungsstätten und Beratungsstellen für Suchtkranke und psychisch Kranke, das Blindengeld, die Migrationssozialarbeit und Vieles mehr. Die geplanten Kürzungen bei Frauenhäusern, Frauenberatungen sowie dem Notruf sind ein weiterer Angriff auf die Entwicklung von Geschlechtergerechtigkeit.

Auch auf der kommunalen Ebene kommt es zu scharfen Einschnitten. Theater und andere Kultureinrichtungen, Büchereien und Schwimmbäder sind von Sparmaßnahmen bedroht.

Das Bündnis ***Gerecht geht anders- Wir zahlen nicht für eure Krise!*** wendet sich gegen diese unsozialen Sparmaßnahmen und ruft zum breiten Protest mit vielfältigen Aktionen im Herbst und zu einer Großdemonstration im November auf.

Die Haushalte müssen auf der Einnahmenseite durch eine faire Steuer- und Abgabepolitik saniert werden, die den Umverteilungsprozess von unten nach oben beendet. Das bedeutet, dass durch Einnahmeerhöhungen den öffentlichen Haushalten eine am Gemeinwohl orientierte Gesundheits-, Bildungs- und Sozialpolitik ermöglicht werden muss. Dazu können sowohl die Erhöhung der Spitzensteuersätze, eine Börsenumsatz- und Kapitaltransaktionssteuer sowie eine Vermögensabgabe beitragen. Zu der so genannten Sparpolitik gibt es eine Menge von Alternativen!

Aufrufende Bündnisorganisationen: